

2014-03-19

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus
gemeinsam mit dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 18.02.2014**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion NEUES FORUM

Hofmeister, Dirk

Fraktion der CDU

Mau, Hans-Joachim

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Stabbert-Kühl, Sabine

Fraktion der SPD

Gebhardt, Udo

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Bähr, als von den Mitgliedern autorisierter Stellvertreter des Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, wurde durch die Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit beider Gremien (6 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, 7 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt) festgestellt.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden zu den ausgereichten Tagesordnungen nicht vorgebracht, so dass sie zur Abstimmung gestellt wurden.

Abstimmungsergebnis:

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** ungeändert einstimmig bestätigt. **6 / 0 / 0**

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** ungeändert einstimmig bestätigt. **6 / 0 / 0**

3. Öffentliche Beschlussfassungen

3.1 Billigung der Anlage 4 zur Ausweisung von Standorten für Freiflächen-Photovoltaikanlagen in der Stadt Dessau-Roßlau als Basis für die Fortschreibung der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung Vorlage: BV/026/2014/VI-61

Einführend in die Thematik informierte **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass mit dieser Vorlage das Klimaschutzkonzept und das integrierte Stadtentwicklungskonzept der Stadt Dessau-Roßlau umgesetzt werden soll. Er verwies hinsichtlich des Klimawandels auf die Pflicht der Stadt, den Einsatz regenerativer Energien im Energiemix zu fördern. Alle darauf auszurichtenden Maßnahmen öffentlicher oder privater Natur stehen dabei im Kontext zu den klimapolitischen Zielsetzungen der Stadt, des BauGB und des Gesetzes über den Vorrang erneuerbarer Energien. Die über das Klimaschutzkonzept eingeforderte Unterstützung privaten Engagements bei der Umsetzung der Ziele, bedingt die Schaffung der notwendigen baurechtlichen Rahmenbedingungen. Der Erstellung von Klimaschutzkonzepten und Potentialstudien kommt dabei eine wesentliche rechtliche Bedeutung zu. Das Ziel dieser Studie, so **Herr Schmidt** weiter, bestand darin, im Gebiet der Stadt Dessau-Roßlau geeignete Flächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen (FPV-Anlagen) zu ermitteln, zu bewerten und entsprechend darzustellen. Grundlage für die Ermittlung der Basisdaten bildeten einerseits die vorliegenden thematischen Geodaten aus dem geografischen Informationssystem der Verwaltung und andererseits der von der Stadt erarbeitete Kriterienkatalog. Dieser ordnet Flächen nach den Kategorien ungeeignet, geeignet sowie ob eine Einzelfallprüfung erforderlich ist. Mit den nun vorliegenden Unterlagen ist ein nachvollziehbares und einheitliches Arbeits- und Abwägungsmaterial erstellt worden, welches derzeit dazu beiträgt, das aktuelle Aufstellungsverfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 62 für die FPV-Anlage an der Hohen Straße inhaltlich und formell zu untersetzen. Zum Abschluss seines Beitrages verwies **Herr Schmidt** auf einen technischen Übermittlungsfehler in der Anlage 2 auf den Seiten 11/12 der Studie hin und reichte den anwesenden Mitgliedern das Austauschblatt aus.

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zu den Kosten der Studie, antwortete **Herr Schmidt**, dass diese 12.000,00 € betragen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, resümierte, dass das Thema Photovoltaikanlagen bereits eine Historie besitzt und man sich der Situation stellen müsse. Es gilt jetzt, diese Materie rechtlich und verbindlich abzuklären. **Herr Schönemann** bekundete sein Interesse bezüglich der Frage, wie hoch die Nachfrage für solche Investitionen ist.

Zur Genese äußerte sich im Anschluss der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**. Nachdem ein Investor vor zwei Jahren maßgeblich auf dem Flugplatz in eine Photovoltaikanlage investieren wollte, wurde festgestellt, dass die Planungssicherheit fehlte. Photovoltaikanlagen, so **Herr Hantusch**, sind sehr Stadtbild prägend und die Thematik erfordert einen sensiblen Umgang. Dies war die Intention der Stadt Dessau-Roßlau, die Erarbeitung einer Studie in Auftrag zu geben.

Die Studie versetzt die Stadt bei angefragten Investitionen in die Lage, eine verbindliche, planungsrechtliche Beurteilung der Zulässigkeit zu geben.

Auf die Frage von **Herrn Bähr, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, woher es resultiert, dass viele kleine Flächen bei der Ausweisung nicht dargestellt werden, verwies **Herr Schmidt** auf vergleichbare Studien im Bundesgebiet. Des Weiteren ergänzte er, dass bisherige Anfragen sich nur auf Flächen von einer Größe von 4-5 ha bezogen.

Auf eine weitere Nachfrage von **Herrn Bähr**, ab welchen Zeitpunkt sich eine FPV-Anlage rechnet, antwortete **Herr Hantusch**, dass dies eine theoretische Frage ist. Bei den in der Studie ausgewiesenen Werten, handelt es sich um Rahmenwerte zur Orientierung.

Herr Glathe, Fraktion der CDU, gab den Hinweis, dass es nicht der erklärte Wille der Bürger war, in der Hohen Straße eine FPV-Anlage errichten zu lassen. Dies fand aber bei der Ausweisung der Flächen keine Berücksichtigung.

Der Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch, antwortete, dass es sich bei der Studie um kein Dogma handelt und die Politik, als Vertreter der Bürger, die Möglichkeit hat, zu intervenieren.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass der Auftrag zur Erstellung der Studie außerhalb der Region Dessau-Roßlau vergeben wurde.

Der Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch, erklärte, dass die personellen Kapazitäten in der Verwaltung nicht gegeben sind, um der Auftragsstellung im erforderlichen Umfang gerecht zu werden. Die Verwaltung fungiert in diesem Prozess als Moderator.

Herr Bähr, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, stimmte dem Gesagten zu und ergänzte, dass die Vergabe nach außen auch eine gewisse Objektivität und Fachkunde vermittelt.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** ungeändert zugestimmt. **3 / 0 / 3**

Der Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** ungeändert zugestimmt. **4 / 0 / 2**

3.2 3. Änderung des Flächennutzungsplans vom Stadtteil Dessau / vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 62 „Photovoltaik an der Hohen Straße“ der Stadt Dessau-Roßlau / erneute (2.) Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange Vorlage: BV/030/2014/VI-61

Einführungsbedarf in die Thematik bestand nicht.

In der sich anschließenden Diskussion äußerte **Herr Glathe, Fraktion der CDU**, die gleichen Bedenken wie zum TOP 3.1. und sieht auch dieses Vorhaben als einen Kompromissvorschlag.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stimmte dem Gesagten zu und ergänzte kritisch den Hinweis der Bürgerinitiative, dass diese sich ungenügend in den Planungsprozess eingebunden fühlt. Des Weiteren merkte er an, dass die Fläche, südlich der Hohen Straße, sich noch gar nicht im Eigentum des Investors befindet.

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, informierte, dass zeitnah ein Schreiben sowohl zum Sachstand an die Bürgerinitiative erging als auch mit dem Angebot, den Bürgern weitere Informationen zukommen zu lassen. Auf dieses Angebot erfolgte jedoch keine Reaktion. Zu der von Herrn Otto angesprochenen Fläche bemerkte **Herr Meister**, dass diese kein Bestandteil des Bebauungsplanes ist.

Zum Abschluss der Diskussion gab **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, den Hinweis, die Begrünung der Zäune nicht aus den Augen zu verlieren.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus zur Kenntnis genommen**.

Der Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** un geändert zugestimmt. **6 / 0 / 1**

4. Öffentliche Anfragen und Informationen

4.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Es bestand kein Informationsbedarf.

4.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, sprach kritisch den derzeit unhaltbaren Zustand der Verkehrsfläche auf dem Albrechtsplatz an und bat um Auskunft in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt.

Durch den **Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herrn Hantusch**, wurde diese den anwesenden Mitgliedern zugesichert.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Bähr, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

6. **Schließung der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde durch **Herrn Bähr, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus und des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt um 17:20 Uhr geschlossen.

Fortsetzung der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus

7. **Öffentliche Informations- und Beschlussvorlagen**

7.1 **Erstellung eines „Ganzheitlichen Tourismuskonzeptes für das Oberzentrum Dessau-Roßlau in der Tourismusregion Anhalt-Dessau-Wittenberg“ Vorlage: IV/004/2014/VI-80**

Einführend in die Thematik gab **Frau Schulze, Leiterin des Sachgebietes Tourismus**, den anwesenden Mitgliedern einen Abriss über den Werdegang dieses strategischen Papiers.

Die Stadt Dessau-Roßlau und ihre umgebende Region verfügen über ein großes touristisches Potenzial. Wie dieses und die sich daraus ergebenden Synergien bestmöglich genutzt werden können, soll im zu erstellenden Konzept analysiert werden. Die Untersuchung der Sehenswürdigkeiten unter dem Fokus der Vernetzung und der Entwicklung gezielter Produkte zur Verlängerung der Verweildauer der Gäste soll dabei im Mittelpunkt stehen. Unter Einbindung bereits vorhandener Studien soll untersucht werden, ob die derzeit verfolgte Strategie im Tourismusmarketing umgestaltet bzw. angepasst werden soll, mit dem Ziel die Wertschöpfung der Tourismusbranche effektiv zu steigern.

Zur Finanzierung des Konzeptes wurde ein erster Fördermittelantrag mit einem Fördersatz von 80 % vom Land abgelehnt. Nach intensiver Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt wurde im Oktober 2013 von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt ein Zuwendungsbescheid ausgereicht. Nach erfolgter Ausschreibung erhielt die ift Freizeit- und Tourismusberatung GmbH den Zuschlag für die Erfüllung folgender Leistungsbestandteile:

- Erarbeitung einer touristischen Bestands- und Potenzialanalyse sowie Stärken- und Schwächenanalyse
- Erstellung eines strategischen Tourismuskonzeptes mit Handlungsempfehlungen
- Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsstudie
- Analyse zum Aufbau eines Radleihsystems für die Stadt und die Region
- Umsetzung erster Marketingmaßnahmen
- Projektmanagement
- Konsultationen mit Auftraggeber vor Ort bzgl. Begleitung des Gesamtprojektes

Für die Erarbeitung und Umsetzung des Konzeptes zeichnet ein Lenkungsgremium verantwortlich, bestehend aus lokalen und regionalen Kooperationspartnern sowie aus Vertretern des Landes Sachsen-Anhalt.

Der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, betonte, dass er sich intensiv für eine Abstimmung der vorhandenen Konzepte, wie dem Marketingkonzept der Bauhausstiftung, dem Tourismuskonzept des Landes, dem Masterplan Bauhaus sowie dem Leitbild der Stadt eingesetzt hat. Ziel war und ist es, Hand in Hand mit dem Land und der Region touristische Schwerpunkte zu vermarkten. In diesem Zusammenhang informierte er, dass die Beschlussvorlage zur Neuausrichtung des Stadtmarketings der Stadt Dessau-Roßlau in der Oberbürgermeisterdienstberatung bestätigt wurde und diese nun in die politischen Gremien gegeben wird.

Frau Stöbe, Fraktion Die Linke. Dessau-Roßlau, erkundigte sich nach Referenzen der ift Freizeit- und Tourismusberatung GmbH.

Frau Schulze, Leiterin des Sachgebietes Tourismus, gab den anwesenden Mitgliedern zur Kenntnis, dass es sich bei dem Auftragnehmer um ein Unternehmen handelt, welches bereits viele Projekte in Sachsen-Anhalt realisiert hat. Beispielhaft führte sie den Masterplan Tourismus Sachsen-Anhalt, das Handbuch Kulturtourismus Sachsen-Anhalt aber auch das Radwanderkonzept Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg an.

Im Anschluss daran äußerte sich **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zunächst positiv zu dem bestehenden Radverleihsystem in der Region. Des Weiteren erklärte er seine Bereitschaft, als Vertreter des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus in dem Lenkungsgremium (Beirat) mitarbeiten zu wollen.

Der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, nahm die Gelegenheit wahr und unterbreitete offiziell den Vorschlag der Verwaltung, Herrn Dr. Weber als Vertreter des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus für den Beirat aufzustellen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus nahm den Vorschlag zur Kenntnis und wird demnächst Beratungsgegenstand in den Fraktionen sein.

Herr Bähr, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, informierte in diesem Zusammenhang, dass Herr Robert Hartmann den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport in diesem Beirat vertreten wird.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus zur Kenntnis genommen.**

7.2 Beschluss über die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 221 „Ersatzneubau Schwimmhalle“ im Parallelverfahren Vorlage: BV/397/2013/VI-61

In die Thematik einführend gab der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, Erläuterungen zum Verfahren.

Die inhaltliche Ausgestaltung des Ersatzneubaus liegt in der Verantwortung des Dezernates für Gesundheit, Soziales und Bildung, explizit im Amt für Bildung und Sport. Die planungsrechtliche Komponente ist im Dezernat für Wirtschaft und Stadtentwicklung angesiedelt. Für die Bereitstellung der finanziellen Mittel zeichnet sowohl das Amt für Bildung und Sport (Fördermittel) als auch das Dezernat für Finanzen (Komplementärmittel) verantwortlich. Für die Realisierung des Vorhabens, so **Herr Hantusch**, wurde in einem Grundsatzbeschluss der

Stadt Dessau-Roßlau die WBD (Waggonbau Dessau) – Industriepark Dessau GmbH (IPG) beauftragt. Sie trägt von der Planung, Steuerung bis hin zur Eröffnung die Verantwortung. An dieser Arbeitsteilung, so **Herr Hantusch** abschließend, will man auch in Zukunft daran festhalten.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte im Auftrag seiner Fraktion die Frage, ob mit der Rückzahlung von Fördermitteln zu rechnen ist.

Der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, führte aus, dass er hierzu im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt intensive Abstimmungsgespräche geführt hat und es im Rahmen eines Abwägungsprozesses Einzelfallabstimmungen geben wird.

Herr Glathe, Fraktion der CDU, wurde von seiner Fraktion beauftragt zu hinterfragen, ob durch die in der Anlage 3 zur Änderung des Flächennutzungsplanes ausgewiesenen Flächen einen Anstieg der Kosten verursachen.

Auf die Anfrage antwortete **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**. Er erläuterte, dass der erforderliche Anbindungs- und Zufahrtsbedarf planungsrechtlich die großzügige Flächenausweisung bedingt.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus zur Kenntnis genommen**.

7.3 Beschluss über die 1. Änderung des INSEK für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 221 „Ersatzneubau Schwimmhalle“ Vorlage: BV/399/2013/VI-61

Angesichts der getroffenen Entscheidung, den Ersatzneubau am Standort an der Ludwigshafener Straße zu errichten, so der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, dient diese Beschlussvorlage zur einzelfallbezogenen Befreiung von der Bindungswirkung an das INSEK, welches die Stärkung der Innenstand zum Inhalt hat. Die Befreiung ist Voraussetzung für die im Rahmen der Änderung des Teilflächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes für den Ersatzneubau der Schwimmhalle obligatorische Abwägung.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus zur Kenntnis genommen**.

8. Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Informationen oder Anfragen wurden nicht geäußert.

8.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Bähr, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, den öffentlichen Teil der Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11. Schließung der Sitzung

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde durch **Herrn Bähr, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus um 18:10 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 20.03.14

Manfred Bähr
Stellv. Vorsitzender
Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus

i.A. L. Riehl
Schriftführerin